

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
1. Kapitel: Einleitung	23
A. Überblick über das geltende Berechtamswesen	25
B. Problemstellung und Gegenstand der Untersuchung	27
I. Ursachen und Auswirkungen der umstrittenen dogmatischen Einordnung der Bergbauberechtigungen	28
1. Widersprüchliche Aussagen in den Gesetzesmaterialien	28
2. Meinungsstand im bergrechtlichen Schrifttum	30
3. Stellungnahmen in der Rechtsprechung am Beispiel des BGH	32
II. Übergeordnetes Erkenntnisinteresse der Untersuchung	33
C. Gang der Untersuchung	36
2. Kapitel: Die Untersuchung des Berechtamswesens anhand von Rechtsverhältnissen	39
A. Gründe für den gewählten methodischen Ansatz	39
I. Fehlender Aussagegehalt des Konzessionsbegriffs	40
1. Die Entwicklung des Konzessionsbegriffs im Verwaltungsrecht	40
a) Der klassische Konzessionsbegriff:	41
b) Entwicklung des Konzessionsbegriffs unter Geltung des Grundgesetzes	42
c) Bedeutung des Konzessionsbegriffs im modernen Verwaltungsrecht	45
2. Die abweichende Funktion des Konzessionsbegriffs im Vergaberecht	47
II. Kritische Würdigung von alternativen Systematisierungsansätzen	48
1. Vergleich der Bergbauberechtigungen mit anderen subjektiven Rechten	48
2. Betrachtung einzelner Befugnisse des Rechtsinhabers	50
III. Vorzüge einer rechtsverhältnisorientierten Betrachtung	52

B. Methodische Grundlagen und Vorverständnis	54
I. Der Begriff des Rechtsverhältnisses	54
II. Subjektive Rechte als Inhalt von Rechtsverhältnissen	56
1. Differenzierung zwischen relativen und absoluten Rechten	56
2. Befugnisse des Rechtsinhabers als Inhalt des Rechtsverhältnisses?	60
3. Zur Struktur des Rechtsverhältnisses bei absoluten Herrschaftsrechten	63
III. Staatsbezogene Rechtspositionen in Rechtsverhältnissen	65
1. Die Befugnis als konkrete hoheitliche Handlungsermächtigung	66
2. Die Verwaltungsaufgabe als allgemeine behördliche Pflichtigkeit	67
a) Differenzierung zwischen öffentlichen Aufgaben und Staatsaufgaben	68
b) Der materiell-rechtliche Gehalt der Verwaltungsaufgabe	69
C. Übertragung des Ansatzes auf das Berechtigtensein	71
I. Die Aufgaben der Bergbehörde nach dem BBergG	72
1. Regulierung und Umweltschutz (§ 1 Nr. 1 BBergG)	74
a) Die Regulierungsaufgabe der Bergbehörde	75
aa) Gewährleistungsverantwortung und Regulierungsaufgabe	75
bb) Übertragung auf das Bergrecht	78
(1) Aufsuchung und Gewinnung als private Tätigkeitsfelder	79
(2) Konkretisierung der Regulierungsaufgabe im Bergrecht	80
(a) Bodenschatzbezogene Dimension	81
(b) Rohstoffwirtschaftliche Dimension	83
b) Eigenständige Bedeutung des Umweltschutzes	84
c) Zusammenfassung	86
2. Arbeitsschutz und Betriebssicherheit (§ 1 Nr. 2 BBergG)	88
3. Schadensvermeidung und -ausgleich (§ 1 Nr. 3 BBergG)	89
II. Strukturierung der Rechtsverhältnisse zur Bergbehörde	90
1. Differenzierung zwischen Konzessions- und Überwachungsverhältnis	91
a) Das Konzessionsverhältnis	91
b) Das Betriebsüberwachungsverhältnis	93
2. Die Aufgabe der Bergbehörde im Konzessionsverhältnis	94
a) Zu den Funktionen von Konzessionierungs- und Betriebsplanverfahren	95

b) Das Konzessionsverhältnis als vorrangiges Instrument zur Verwirklichung der Regulierungsaufgabe	99
c) Zusammenfassung	101
III. Die einzelnen Rechtsverhältnisse im Überblick	101
1. Das der Gewährung vorgelagerte formelle Konzessions- verhältnis	102
a) Rechtliche Bedeutung des Antrags	102
b) Person des Antragstellers	106
c) Beendigung des Rechtsverhältnisses	109
2. Die Rechtsverhältnisse nach Gewährung einer Bergbauberechtigung	109
a) Die Bergbauberechtigung als allgemeines Rechts- verhältnis	110
b) Die Rechtsverhältnisse zur Bergbehörde	112
c) Rechtsverhältnisse zu Dritten in konkreten Konfliktlagen	112
aa) Rechtsverhältnisse zwischen Berechtigtem und Grundeigentümer	113
bb) Rechtsverhältnisse zwischen Bergnachbarn	114
cc) Hoheitliche Beschränkungen der Nutzungs- befugnisse des Berechtigten	116
3. Kapitel: Das Konzessionierungsverfahren	117
A. Das Konzessionierungserfordernis in § 6 S. 1 BBergG	117
I. Begriff, Abgrenzung und Verfassungsmäßigkeit	118
1. Das Zulassungserfordernis im Berechtigtsein des BBergG	118
2. Vergleich zum System der Bergbaufreiheit nach dem ABG	120
3. Verfassungsrechtliche Bewertung der Abkehr von der Bergbaufreiheit	123
II. Zur Dogmatik der Zulassungserfordernisse	126
1. Die Einteilung in präventive und repressive Verbote	127
2. Fehlender dogmatischer Nutzen der Zweiteilung	128
a) Keine Unterschiede in den Regelungswirkungen des Verbots	129
b) Kein Zusammenhang zwischen Gestaltungsspielraum und Verbotstypus	131
III. Folgen für die weiteren Untersuchungsschritte	133
B. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Konzessionierung	134
I. Der Anspruch des Antragstellers auf die Berechtigung	135

1. Gesetzgeberische Entscheidung für den Bergbau	135
2. Die Versagungsbefugnis als komplementäres Behördenrecht	136
II. Die Ausgestaltung des Konzessionierungsanspruchs	138
1. Systematische Einteilung der Versagungsgründe	140
2. Versagungsbefugnis und Gestaltungsspielräume der Bergbehörde	143
a) Überlegungen zur Rechtsanwendung durch die Verwaltung	145
b) Notwendigkeit einer gesetzlichen Konkretisierungsermächtigung	147
c) § 11 Nr. 8, 9 BBergG – Ausprägung der bergrechtlichen Regulierungsaufgabe und normative Grundlage für Gestaltungsspielräume	149
aa) Sinnvolle und planmäßige Bodenschatznutzung	149
(1) Auslegung der Regelung	149
(a) Erfasste Sachverhaltskonstellationen	150
(b) Das Merkmal der Gefährdung	152
(c) Das Schutzgut von § 11 Nr. 8 BBergG	155
(2) Folgen für den Entscheidungsspielraum der Bergbehörde	157
bb) Schutz der Bodenschätze von öffentlichem Interesse	158
(1) Auslegung der Regelung	159
(2) Folgen für den Entscheidungsspielraum der Bergbehörde	164
cc) Zusammenfassung	164
d) § 11 Nr. 10 BBergG – Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen	165
aa) Unklare Zielsetzungen des Gesetzgebers	165
bb) Die Auslegung der Norm durch Rechtsprechung und Literatur	167
cc) Eigene Stellungnahme	170
3. Keine weiteren Vorgaben durch außerbergrechtliche Vorschriften	173
a) Keine unmittelbare Bindung an die Erfordernisse der Raumordnung	174
b) Keine Bindung an die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung	176
c) Keine Pflicht zur Durchführung von Umweltprüfungen	177
aa) Integrierte Umweltprüfungen	177
bb) Gebietsbezogene Umweltprüfungen	180

4. Verfassungsrechtliche Bewertung der gesetzlichen Ausgestaltung	181
5. Zusammenfassung	182
III. Konkurrierende Anträge und Vertrauensschutz	183
1. Behördliche Auswahlentscheidungen bei konkurrierenden Anträgen	184
a) Entscheidung nach § 14 Abs. 2 BBergG bei echter Antragskonkurrenz	184
b) Vorrang der Bewilligung bei unechter Antragskonkurrenz	187
2. Schutz des Berechtigten in nachgelagerten Konzessionierungsverfahren	188
a) Das Verhältnis von Erlaubnis und Bewilligung	189
aa) Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	190
bb) Konkurrierende Nutzungsinteressen Dritter	194
b) Das Verhältnis von Bewilligung und Bergwerkseigentum	195
IV. Akzessorische Befugnisse zur Inhaltsgestaltung	197
1. Inhaltsbestimmungsbefugnis	198
a) Abweichende Festsetzung der Feldesgröße	199
b) Zeitliche Begrenzung der Bergbauberechtigungen	202
c) Weitergehende Inhaltsbestimmungsbefugnisse	205
2. Nebenbestimmungsbefugnis	206
a) Die Tatbestandsvoraussetzungen von § 36 Abs. 1 Alt. 2 VwVfG	207
b) Zur Zulässigkeit einzelner Arten von Nebenbestimmungen	208
c) Nebenbestimmungen und Bergwerkseigentum	211
V. Zusammenfassung	212
C. Die Entscheidung der Bergbehörde über den Anspruch	213
I. Die Gewährung der Bergbauberechtigung	213
1. Wirkung des Gewährungsakts	214
a) Subjektive Rechte als besondere Formen behördlicher Zulassungen?	215
b) Zuordnungswirkung der Bergbauberechtigungen	217
aa) Zum Begriff der Zuordnung	218
bb) Ausschließlichkeit der Bergbauberechtigungen	221
cc) Zusammenfassung	225
2. Rechtsform der behördlichen Entscheidung	225
3. Rechtsschutz gegen die Gewährung und gerichtliche Kontrolldichte	227
a) Rechtsschutz von Grundeigentümern	227

b) Rechtsschutz von Gemeinden	232
c) Rechtsschutz von anderen Bergbauunternehmen	235
aa) Vorbringen eines entgegenstehenden Konzessionierungsanspruchs	235
bb) Geltendmachung einer entgegenstehenden Berechtigung	240
d) Rechtsschutz des Begünstigten	242
II. Die Versagung der Bergbauberechtigung	242
1. Wirkung und Rechtsform des Versagungsakts	243
2. Rechtsschutz des Antragstellers und gerichtliche Kontrolldichte	244
D. Zwischenergebnis	246
4. Kapitel: Die Rechtsstellung des Bergbauberechtigten	248
A. Die Bergbauberechtigungen als allgemeines Rechtsverhältnis	248
I. Die normative Struktur der Bergbauberechtigungen	249
1. Zum Begriff des Zuweisungsgehalts	251
2. Die Begründung des Zuweisungsgehalts beim Eigentumsrecht	252
3. Schlussfolgerungen für die Bergbauberechtigungen	253
II. Das Rechtsobjekt der Bergbauberechtigungen	255
1. Zur Differenzierung zwischen Rechtsgegenständen und Rechtsobjekten	256
2. Der doppelte Gegenstandsbezug der Bergbau- berechtigungen	257
a) Der Feldesbegriff und sein Verhältnis zum Grund- stücksbegriff des BGB	257
b) Der Begriff des Bodenschatzes und sein Verhältnis zum Sachbegriff	260
aa) Bergfreie Bodenschätze als sonderrechtsfähige, herrenlose Sachen	261
(1) Rechtslage vor Gewährung einer Bergbau- berechtigung	261
(2) Rechtslage nach Gewährung einer Bergbau- berechtigung	263
bb) Eigenständigkeit der bergrechtlichen Bodenschatzdefinition	265
3. Das Berechtigungsfeld als Rechtsobjekt der Bergbau- berechtigungen	267
a) Vorzüge einer am Berechtigungsfeld orientierten Betrachtungsweise	268

b) Folgen für das Verhältnis von Eigentum und Bergbauberechtigungen	271
III. Die Befugnisse des Bergbauberechtigten	274
1. Inhalt der Verhaltensberechtigung	274
a) Bergbaubezogene Inhalte	275
aa) Die Gewinnungsberechtigungen	276
(1) Das Recht zur Aufsuchung und Gewinnung	276
(2) Aneignungsbefugnis	278
(3) Errichtung und Betrieb von Einrichtungen	280
(a) Funktion der Regelung	281
(b) Rechtliche Zuweisung von Betriebsanlagen und Betriebseinrichtungen	282
bb) Die Aufsuchungsberechtigung	285
b) Die Bergbauberechtigungen als Gegenstände von Rechtsgeschäften	286
aa) Erlaubnis und Bewilligung	287
(1) Aufhebung, Übertragung und Beteiligung	287
(2) Verpflichtungsgeschäfte in Ansehung der Bergbauberechtigungen	289
bb) Das Bergwerkseigentum	291
(1) Schulrechtliche Vereinbarungen, Aufhebung und Übertragung	291
(2) Belastungen und Inhaltsveränderungen	293
2. Inhalt des Generalverbots	296
a) Die Gewinnungsberechtigungen	297
aa) Die Schutzrechte des Gewinnungsberechtigten	297
bb) Der Umfang des Zuweisungsgehalts im Einzelnen	298
(1) Unmittelbare Beeinträchtigungen der Bodenschatzsubstanz	299
(2) Beeinträchtigungen ohne Einwirkung auf die Bodenschatzsubstanz	300
(3) Einwirkungen auf bergbauliche Anlagen	302
b) Die Aufsuchungsberechtigung	302
IV. Zwischenergebnis	304
B. Das Verhältnis zur Bergbehörde nach der Gewährung	305
I. Das materielle Konzessionsverhältnis	305
1. Zum funktionalen Zusammenhang von Regulierungsaufgabe, Konzessionierungserfordernis und materiellem Konzessionsverhältnis	305
2. Die inhaltliche Ausgestaltung der Befugnisse der Bergbehörde	307

a) Befugnisse zur Aufhebung einer Bergbau- berechtigung	307
aa) Widerruf: bei dauerhafter, schuldhafter Untätig- keit des Berechtigten	308
bb) Widerruf in sonstigen Fällen	310
(1) Rechtsgrundlagen für den Widerruf	310
(2) Weitere Voraussetzungen und Rechtsfolgen eines Widerrufs	314
(3) Widerrufspflicht bei Funktionslosigkeit der Berechtigung?	316
cc) Rücknahme der Bergbauberechtigungen	318
b) Befugnis zum Erlass nachträglicher Auflagen	319
aa) Geringe praktische Relevanz von § 16 Abs. 3 BBergG	320
bb) Anwendbarkeit auch auf: das Bergwerkseigentum	321
c) Entscheidung der Bergbehörde über die Verlängerung der Berechtigung	322
aa) Verlängerung der Erlaubnis	323
(1) Die gesetzliche Regelung in § 16 Abs. 4 S. 2 BBergG	323
(2) Keine ungeschriebene Verlängerungs- befugnis der Bergbehörde	326
bb) Verlängerung der Gewinnungsberechtigungen	327
d) Zustimmungsvorbehalte bei Veräußerungen und Inhaltsänderungen	329
aa) Übertragung und Beteiligung bei Erlaubnis oder Bewilligung	330
(1) Zustimmungspflichtige Tatbestände	330
(2) Voraussetzungen der Versagungsbefugnis der Bergbehörde	332
(3) Behördliche Zustimmung und Rechtsschutz	334
bb) Veräußerung von Bergwerkseigentum	336
cc) Inhaltsänderungen beim Bergwerkseigentum	340
3. Zusammenfassung	342
II. Wirkungen für das Betriebsüberwachungsverhältnis	343
1. Präventive Kontrolle – Wirkungen im Betriebsplan- verfahren	343
a) Verknüpfung durch § 55 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BBergG	344
b) Bindungswirkung der Bergbauberechtigung im Betriebsplanverfahren	346
2. Repressive Kontrolle – Wirkungen bei behördlichem Einschreiten	350



a) Verantwortlichkeit im Rahmen der Bergaufsicht	351
aa) Die Verantwortlichkeit des Berechtigten nach § 58 Abs. 2 BBergG	351
bb) Begrenzungen der bergrechtlichen Nachsorgehaftung?	354
b) Verantwortlichkeit nach allgemeinem Ordnungsrecht	356
III. Wirkungen für das Grundabtretungsverfahren	357
IV. Zwischenergebnis	360
C. Dogmatische Einordnung der Bergbauberechtigungen	361
I. Der Gegenstandsbezug der Bergbauberechtigungen	361
II. Die Bündelung unterschiedlicher Rechtswirkungen	364
III. Die Bergbauberechtigungen als Sachherrschaftsrechte	366
1. Normprägung der Sachherrschaft durch den Gesetzgeber	367
a) Das Zusammenwirken von Privatrecht und Öffentlichem Recht	367
b) Sachherrschaftsbeziehungen ohne Rückgriff auf das Eigentumsrecht	370
2. Zur Einordnung als öffentlich-rechtliche Nutzungsordnung	372
3. Die Stellung des Bergbauberechtigten als privates Rechtssubjekt	374
a) Zuordnung des Erdkörpers zur individuellen Freiheitsverwirklichung	375
b) Keine abweichende Bewertung wegen der Befugnisse der Bergbehörde	376
c) Auswirkungen auf die Einordnung der Konfliktlagen im Bergbau	378
D. Betrachtung ausgewählter Konfliktlagen im Bergbau	380
I. Das Verhältnis zwischen Bergbau und Grundeigentum	380
1. Faktische Beeinträchtigungen des Grundeigentums	381
a) Konfliktlösung durch Betriebsplanverfahren und Bergschadenshaftung	381
b) Die impliziten Wertungen einer formalen Aufopferungskonzeption	384
c) Die Anwendung von § 906 Abs. 2 S. 2 BGB auf das Konfliktverhältnis	388
aa) Zur Gleichstellung von Eigentum und Gewinnungsberechtigung	389
bb) Die zweifelhafte Annahme einer umfassenden Entschädigungspflicht	391
cc) Das Nachbarschaftsverhältnis zwischen Bergbau und Grundeigentum	392

dd) Zusammenfassung	396
2. Die dogmatische Einordnung der Grundabtretung	397
a) Die Grundabtretung als Enteignung im Sinne von Art. 14 Abs. 3 GG	398
b) Enteignungscharakter und Konfliktbewältigung zwischen Privaten	402
II. Das Verhältnis zwischen Bergnachbarn	404
1. Erweiterungen der Befugnis zur Bodenschatznutzung	405
a) Das Mitgewinnungsrecht als sachliche Ausweitung des Nutzungsrechts	406
b) Die räumliche Ausweitung des Gewinnungsrechts durch Zulegung	408
c) Zur Gewinnung bei feldesübergreifenden Lagerstätten	412
aa) Die rechtliche Zuweisung der Lagerstätte durch die Berechtigung	412
bb) Rechtliche Beziehung der an der Lagerstätte beteiligten Berechtigten	414
2. Hilfsbaurecht und die Nutzung fremder Grubenbaue	416
3. Sonstige nachteilige Einwirkungen auf fremden Bergbau	419
a) Beispiele für nachteilige Einwirkungen auf fremde Bergbautätigkeit	419
b) Grundsätzliche Duldungspflicht und ausnahmsweise Beschränkung	420
c) Zur Frage des finanziellen Ausgleichs bei nachteiligen Einwirkungen	423
III. Hoheitliche Beschränkungen der Bergbauberechtigung zur Wahrung außerbergrechtlicher Belange	424
1. Einfachgesetzliche Grundlagen und Einordnung der Fragestellung in die verfassungsrechtliche Eigentumsdogmatik	425
2. Verfassungsrechtliche Vorgaben für den Bestandsschutz	428
a) Die Rechtslage bei Schutzgebietsfestsetzungen durch Rechtsnormen	428
b) Die Rechtslage bei Planfeststellungen durch behördlichen Einzelakt	430
aa) Die These von der Aktualisierung einer immanenten Beschränkung	431
bb) Kein uneingeschränkter Bestandsschutz für Bergbauberechtigungen	433
3. Zur verfassungsrechtlichen Entschädigungspflicht bei hoheitlichen Beschränkungen der Bergbauberechtigung	435

a) Die Ausgleichspflicht bei Inhalts- und Schrankenbestimmungen	436
b) Keine Entschädigung bei Fehlen der Betriebsplanzulassung	438
5. Kapitel: Zusammenfassende Thesen	441
Literaturverzeichnis	447